

Mobbing nach System

In Hessen wurden die besten Steuerfahnder kaltgestellt – der Minister findet nichts dabei

Von Matthias Thieme

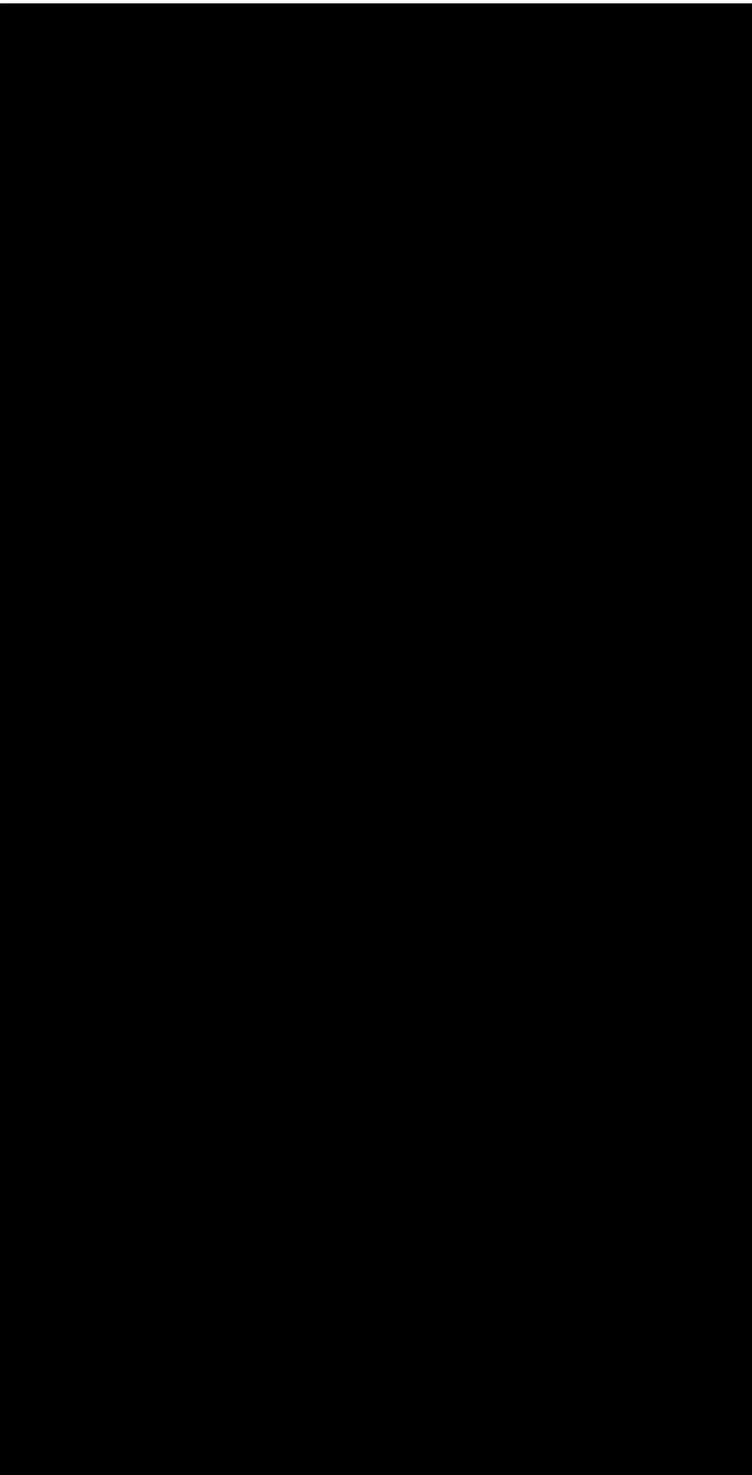
In Zeiten wie diesen müsste der hessische Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) eigentlich froh sein über Steuerfahnder, die dem Staat Millionen einbrachten. Doch Frankfurts ehemalige Top-Steuerfahnder wurden alle für psychisch krank erklärt und aus dem Beruf gedrängt. Der Opposition im Landtag erklärte Minister Weimar am Mittwoch, dass alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Hinweise, dass ein Gutachter falsche Gesundheitszeugnisse ausgestellt habe, seien nicht bekannt.

Dabei hatte Weimars Finanzverwaltung über Jahre versucht, die Fahnder loszuwerden: Der Neurologe und Psychiater Thomas H. attestierte den Fahndern „paranoid-querulatorische“ Charaktereigenschaften und „chronische Anpassungsstörungen“.

Ungereimtheiten in Gutachten

„Mir sind in den Gutachten größte Ungereimtheiten aufgefallen“, sagt Ernst Gierth, Menschenrechtsbeauftragter der hessischen Landesärztekammer. Den Fahndern Rudolf Schmenger, Tina und Heiko Feser sowie Marco Wehner wurde Dienstunfähigkeit auf Lebenszeit bescheinigt. Dabei waren sie die fähigsten Beamten der Abteilung V des Frankfurter Finanzamtes, spürten Großsteuerbetrüger und ihre Konten in Liechtenstein auf. Sie durchsuchten die Commerzbank, die Kunden bei der Steuerflucht geholfen hatte. Das brachte rund 200 Millionen Euro Nachzahlung. Insgesamt bescherten die Fahnder dem Land 2001 rund 250 Millionen Mark, dem Bund rund eine Milliarde.

Bis die Fahnder von der Finanzverwaltung gezwungen wurden, nur noch kleine Delikte zu verfolgen. Bis sie gemobbt und zwangspensioniert wurden und schließlich die ganze Abteilung zerschlagen war. Nicht wenige wundern sich über das Desinteresse von



Nach Widerspruch aussortiert: Ralf Amthor (41).

A. KRAUS

Karlheinz Weimar an den Vorgängen. In der Finanzverwaltung kursiert die Vermutung: Hatte der Minister zu der Zeit, als seine Partei im Schwarzgeld-Skandal steckte, Angst vor den Fahndern und ihrem Interesse an Liechtenstein, wo sich die Zaunkönig-Stiftung der CDU verbarg? Einige der geschassten Fahnder waren bei Durchsuchungen der Hessen-CDU dabei.

Es gibt weitere Fälle, die ein System der Zermürbung erkennen lassen, das jeden Aufbegehrenden erfasste: Ralf Amthor, Beamter derselben Abteilung, wagte es einst, gegen eine schlechte Beurteilung Widerspruch einzulegen. Sein Vorgesetzter vernichtete das Papier. „Er hat es vor meinen Augen in den Schredder geworfen“, sagt Amthor. Er sollte den Widerspruch zurücknehmen.

„Das ist Nötigung“, sagt Amthor. Er nahm nichts zurück – und wurde wie die anderen versetzt und mit sinnlosen Aufgaben gedemütigt, sollte in einem Einzelzimmer kopieren bis er krank wurde. Jetzt ist er 41 – und gilt dem Arbeitgeber nach einem Gutachten als schwerbehindert. Den Gutachter hat er nie gesehen. Fachärztliche Untersuchungsergebnisse wurden nie geprüft. Trotzdem ist Amthor „unbefristet“ schwerbehindert.

Von Gemobbten zu Bekloppten

„Es ist wie in einer Diktatur – wer nicht spurt, bekommt einen Termin beim Psychiater“, sagt Menschenrechtsbeauftragter Gierth. Und Ex-Steuerfahnder Frank Wehrheim fasst zusammen: „Es geht darum, ein Klima der Angst zu erzeugen – die Gemobbten sollen am Ende die Bekloppten sein.“

In der Abteilung V des Finanzamts Frankfurt, so ein Insider, mache man jetzt nur noch BMW: Prüfungen bei Bäckern, Metzgern, Wirten. Keine Großbanken mehr. In Zeiten wie diesen brauche das Land wohl ein günstiges Steuerklima, meint Ex-Fahnder Schmenger.

DIE WELT

Militär nennt Kritiker „Nestbeschmutzer“

Israels Armee hat auf kritische Soldatenberichte über den Gaza-Krieg scharf reagiert. Der linken Reservistenorganisation „Breaking the Silence“ (das Schweigen brechen), die die Protokolle am Mittwoch veröffentlichte, warf das Militär Nestbeschmutzung vor. „Öffentliche Kritik an den Streitkräften ist unangemessen“, sagte Verteidigungsminister Ehud Barak. Militärsprecher monierten auch, dass die anonymen Aussagen schwer überprüfbar seien. Die Menschenrechtsorganisation hatte den 30 Interviewten Vertraulichkeit zugesichert. Diese fürchteten offenbar Repressalien. In mehr als 50 Protokollen hatten die Soldaten von mutwilliger Zerstörung und rücksichtslosem Vorgehen gegen palästinensische Zivilisten im Gaza-Krieg berichtet.

Nigerianische Rebellen kündigen Waffenruhe an

Im nigerianischen „Erdölkrieg“ schweigen zumindest vorübergehend die Waffen. Die „Bewegung für die Emanzipation des Nigerdeltas“ (Mend), die bedeutendste Rebellenarmee des westafrikanischen Staates, gab am Mittwoch einen sofortigen Stopp ihrer gewalttätigen Aktionen für zwei Monate bekannt, nachdem am Montag ihr Führer Henry Okah aus der Haft entlassen worden war. Nun werden Gespräche zwischen Mend und der Regierung über die Zukunft des erdölreichen Nigerdeltas erwartet.

Zelaya ruft Anhänger zum Volksaufstand auf

Der gestürzte honduranische Präsident Manuel Zelaya hat seine Anhänger zum Volksaufstand gegen die Interims-Regierung aufgerufen. Das sei ein „konstitutionelles Recht“ der Honduraner gegen die von Roberto Micheletti geführte Regierung, sagte Zelaya bei einem Besuch in Guatemala. Unterdessen teilte der costaricanische Präsident Óscar Arias mit, dass die Vermittlungsgespräche zum Honduras-Konflikt an diesem Samstag fortgesetzt werden sollen. Zelaya war am 28. Juni auf Anordnung des Obersten Gerichts festgenommen und aus dem Land gebracht worden.

Visa-Freiheit für drei Balkan-Staaten

Die Bürger Serbiens, Montenegros und Mazedoniens sollen nach den Vorstellungen der EU-Kommission ab kommendem Jahr ohne Visum in den Schengen-Raum einreisen dürfen. Die neue Reisefreiheit gilt zunächst nicht für Bosnien-Herzegowina, Albanien und das Kosovo. In Brüssel hieß es, sie erfüllten noch nicht die Voraussetzungen, etwa beim Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität. Die Visa-Freiheit wird auf dem Balkan weithin als Nagelprobe dafür verstanden, wie ernst es die EU mit der viel beschworenen Partnerschaft meint. Kritiker warfen der EU-Kommission vor, auf dem Balkan eine Zwei-Klassen-Gesellschaft zu schaffen.

Gelassener Todesmut

Die tschetschenische Menschenrechtlerin Natalja Estemirowa ist ermordet worden – ein Nachruf

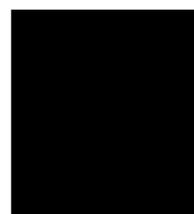
Von Stefan Scholl

Es war ein einfaches Café an der Minutka, dem zentralen Platz in Grosny. Natalja Estemirowa war ungeschminkt, bis auf etwas Lippenstift. Außer ihr saßen nur Männer in dem Café, einige trugen Pistolen am Gürtel. Das war vor drei Jahren. Damals lebte Natalja in einer Plattenbauwohnung im achten Stock, mit einem Granatenloch in der Wand.

Am Mittwoch wurde die tschetschenische Menschenrechtlerin Natalja Estemirowa, 51, ermordet. Wie Augenzeugen berichten, wurde sie gegen 8.30 Uhr vor ihrem Haus in Grosny von vier Unbekannten in einen weißen Wagen gezerrt. Sie habe noch um Hilfe gerufen. Neun Stunden später fand man ihren Leichnam mit Schussverletzungen an Kopf und Brust in der Nachbarrepublik Ingusche-

tien, 100 Meter von einer wichtigen Schnellstraße.

Im Café hatte Estemirowa von Männern erzählt, die nachts von maskierten Kommandos ver-



Natalja Estemirowa war lange für die Menschenrechtsorganisation Memorial tätig. RTR

schleppt wurden, spurlos verschwanden. Manchmal wurden sie ihren Familien gegen Schmiergeld zurückgegeben: mit ausgerissenen Fingernägeln, zerquetschten Lebern – oder tot. „Früher kidnappten vor allem russische Militärs“, berichtete die Historikerin vor drei Jahren, „heute kidnappen vor allem die eigenen Leute.“

Estemirowa war eine der mutigsten Mitarbeiterinnen der russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“. Seit dem Jahr 2000 kämpfte sie gegen Verschleppung und Folter in ihrer Heimat. Sie dokumentierte, klagte an, verhandelte. Eine Witwe mit einer Tochter. Ihr Mann war bei einem Bombenangriff umgekommen.

Menschenraub sei ein Geschäft, mit dem die Sicherheitskräfte Lösegeld verdienten, erzählte Natalja. Sie erzählte auch von alten Männern, die in den Wald getrieben und dort halb tot geprügelt wurden, weil sie Beschwerdebriefe wegen ihrer verschleppten Söhne geschrieben hatten.

„Auf Nataljas Arbeit stützten sich internationale Menschenrechtsorganisationen“, sagte Irina Lokschina von Human Right Watch am Mittwoch. „Wir zweifeln nicht daran, dass diese Tat mit

ihrer Arbeit in Verbindung steht.“ Estemirowa wurde mehrfach für ihr Engagement ausgezeichnet.

Schon vor drei Jahren war ich klar, was sie riskierte. Damals war Buwadi Dachijew, Stabschef der tschetschenischen Sonderpolizei, erschossen worden. Seine Leiche wurde an derselben Straße gefunden wie jetzt die Nataljas. Auch Dachijew war geachtet in der Republik, weil er junge Tschetschenen aus russischen Gefängnissen rettete. Seine Freunde meinten, Präsident Ramsan Kadyrow habe ihn als möglichen Konkurrenten töten lassen. Auch davon sprach Natalja. Dann warf sie einen Blick auf einen leeren Tisch und an uns vorbeischaute. „Ich mag das nicht“, sagte sie. Dann vergaß sie den Staatsspitzel, redete weiter über die Opfer dieser Staatssicherheit, die Verschleppten und Ermordeten.